

Zeitschrift: Film und Radio mit Fernsehen
Herausgeber: Schweizerischer protestantischer Film- und Radioverband
Band: 8 (1956)
Heft: 8

Rubrik: Die Welt im Radio

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.12.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Haben Sie das gehört?

Christen und Juden in neuer Situation

ZS. Jahrtausendlang stellten die Juden eine Minorität in christlichen Staaten dar. 1948, bei der Gründung des Staates Israel, wurde dieses Verhältnis erstmals umgestürzt: Christen bilden seitdem die Minderheit in einem jüdischen Staate. Diese neue Lage berührt aufs tiefste die christlich-jüdischen Beziehungen. Eine dänische Radiosendung hat einen guten Ueberblick über die Verhältnisse geboten.

89 % der etwa 1,7 Millionen Einwohner Palästinas sind Juden aus 74 verschiedenen Ländern, davon die Mehrzahl aus dem Orient, die extreme Chauvinisten sind. Auch hier zeigt sich, daß eine gemeinsame Religion keine vereinigende Kraft besitzt; es gibt zahlreiche Parteien und Schattierungen von der ultra-orthodoxen «Agudath Israel» und den orthodoxen «Misrachi» über die humanistischen Progressiven (die für den Christen am leichtesten zugänglich sind), zum Agnostizismus und Atheismus der überzeugten materialistischen Marxisten. Gemeinsam ist ihnen die Ergebenheit an das Land und, etwas weniger stark, an das Judentum. Der Sabbath wird streng gehandhabt, und die Rabbiner-Gerichtshöfe haben ausgedehnte Kompetenzen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich Palästina sogar zu einer Theokratie entwickelt, nicht zu einem modernen Staat; auch leidenschaftliche Kulturkämpfe zwischen den einzelnen Gruppen sind durchaus möglich. Es ist bereits vorgekommen, daß einem amerikanischen Reform-Rabbiner die Einreise ins Land verboten wurde.

In diesem geladenen Spannungsfeld leben Nicht-Juden, christliche und mohammedanische Araber und eine kleine Zahl von Samaritern. Die zuverlässigsten Schätzungen sprechen von 40 000 arabischen Christen, hauptsächlich griechisch-orthodoxen Glaubens, Katholiken des byzantinischen Ritus (Melkiten), sowie etwa 2000 Juden-Christen. Fast alle Kirchen der Welt unterhalten Missionsstationen im Lande, was es dem Mann auf der Straße unmöglich macht, zwischen den einzelnen christlichen Bekenntnissen zu unterscheiden; er macht «das Christentum» für jeden Mißgriff eines Sektenpfarrers oder Priesters verantwortlich. Es gibt sowohl protestantische wie katholische Spitäler und Missionsschulen im Lande, aber nur etwa 700 ihrer Schüler sind Juden. Gegenwärtig ist ein heftige, jüdische Campagne mit Plakaten usw. im Gang, geleitet vom Ober-Rabbiner, um auch die letzten jüdischen Schüler aus den christlichen Schulen herauszuziehen. Die größten christlichen Minderheiten befinden sich in Nazareth und Haifa, sind arabischer Herkunft und griechisch-orthodoxen Glaubens. Daneben gibt es eine kleine Zahl getaufter protestantischer und katholischer Christen jüdischer Abstammung.

Die grundsätzliche Haltung der Regierung diesen Gläubigen gegenüber ist strenge Korrektheit. Pilger werden z. B. in keiner Weise behindert. Präsident Ben Zwi begrüßte am Unabhängigkeitstag «alle Israeli ohne Rücksicht auf ihren Glauben oder ihre Rasse». Es gibt beim Ministerium für religiöse Angelegenheiten eine besondere Abteilung «für christliche Minderheiten» unter der Leitung von Dr. Kolbi. Von all dem unterscheidet sich aber die Haltung des Volkes sehr stark. Da die Christen mehrheitlich Araber sind, sind sie den Juden von vornherein verdächtig. Die große Zahl der orientalischen Juden erblickt in den Christen noch immer die verfolgenden Todfeinde aus den Zeiten des Mittelalters. Aus nationalen Gründen ist die öffentliche Meinung auch den Missionsinstituten feindlich gesinnt, welche harmlose Juden durch materielle Angebote, billige Schulen und Versprechen von Einreise-Visas für fremde Länder vom jüdischen Nationalheim weglocken wollten. Die Maßnahmen der Regierung werden dadurch sehr oft durchkreuzt. Die Missionen mußten dazu übergehen, Konversionen möglichst nicht zu ermutigen und allfällige Konvertiten zum Verbleib im Lande zu veranlassen. Allerdings verfallen sie dann meist dem Boykott durch die früheren Glaubensgenossen. Es besteht kein Zweifel, daß man im Volk den Christen zu tiefst mißtraut und ihnen keinerlei Sympathien entgegenbringt.

Ihrerseits können die Kirchen dieser Situation nur mit Geduld und echter Hilfsbereitschaft ohne Hintergedanken begegnen. Ein dänischer protestantischer Pfarrer, Paul Borchsenius, erklärte als bester Kenner der Verhältnisse: «Gegenwärtig muß Israel allein gelassen werden. Das kleine Land hat so heftige Krisen durchgemacht, daß es unloyal wäre, es in neue zu stürzen.» Es kann sich nur darum handeln, auch unter diesem Volk, das Gott einst auserwählte, anwesend zu sein und zu lernen, um ein Beispiel zu geben.

Um Deutschland

ZS. Kein Zweifel, daß man im Westen heute kritischer nach Deutschland blickt. Die Sender sind zurückhaltender und schweigsamer über dieses Thema geworden. Die Vorgänge in der Demokratischen Partei,

die zahlreiche ehemalige Nazis in ihren Reihen zählt, haben das Vertrauen zu diesem Lande nicht gestärkt. Aus England sind jetzt auch erstmals dieser Stimmung entsprechende Formulierungen zu hören. Es dürfte von Interesse sein, Terence Pritties nüchterne und sachliche Ausführungen am Radio über die weitere Entwicklung der beiden Deutschland zu überdenken.

Ihm scheint vor allem die Entwicklung des Atomproblems gefährlich. Im letzten Frühling hielten die Westmächte Luftmanöver in Deutschland ab, wobei gezeigt wurde, auf welche deutschen Städte Atombomben geworfen werden müßten, um eine Atomsperrung zum Schutze Westeuropas gegen anrückende russische Armeen zu bilden. Es waren Celle, Gütersloh, Köln, Oldenburg und München-Gladbach. Wieviele Deutsche dabei ums Leben gekommen wären, wurde nicht gesagt, das war auch nicht der Zweck der Uebung. Die Auswirkungen in Deutschland waren nachhaltig: Prof. Otto Hahn, der erste, der jemals ein Atom gespalten hat, richtete an die Öffentlichkeit einen Appell, um die Atomkriegführung zu bannen. Im Juli trafen sich 18 Nobelpreisträger auf der Mainau zum Zweck der Verbreitung eines ähnlichen Appells. Die Deutschen waren auch nicht sehr begeistert über die Atomgeschütze, welche die Amerikaner im Lande herumführten, und über die Raketenabschußstellen am Westufer des Rheins.

Die Appelle wurden weder von den Russen noch von den Amerikanern beantwortet, worauf sehr rasch eine andere Strömung die Oberhand in Deutschland gewann. Man begann, eigene Atompläne aufzustellen. Seit September gibt es ein Atom-Ministerium, und gegen dieses wurde nicht mehr protestiert. Der Grund ist der gleiche, der auch zur Wiederbewaffnung führte: auch Ost-Deutschland erhielt eine Armee, worauf der Widerstand in West-Deutschland erlahmte. Und heute hat Ost-Deutschland auch mit einem Atom-Entwicklungs-Programm begonnen, und da kann West-Deutschland nicht zurückbleiben. Am 9. Dezember ist der ostdeutsche wissenschaftliche Rat für Kernforschung gegründet worden unter der Leitung des Nobelpreisträgers Gustav Hertz, dem auch der Forscher Manfred von Ardenne angehört, der lange Jahre in russischen Forschungsstätten arbeitete. Er ist jetzt in dem neuen Atomlaboratorium der technischen Hochschule Dresden tätig. Die russische Atomfirma in Ost-Deutschland, die «Wismuth AG.» wird der ostdeutschen Regierung übergeben werden; sie verfügt über reiche Uraniumgruben bei Aue in Sachsen. Gegen Weiterlieferung von Uranium ($\frac{1}{2}$ des von den Russen benötigten Uraniums stammt von dort) werden die Russen dafür Atom-Brennstoffe liefern. Ost-Deutschland budgetierte für Atomforschung den Betrag von 500 Millionen Mark, als West-Deutschland ganze 15 Millionen für den ersten Reaktor in Karlsruhe zur Verfügung stellte. Auch ein «Atom-Minister» wurde ernannt, Willi Stoph, der bezeichnenderweise auch Verteidigungsminister ist. Offiziell wird selbstverständlich beschwichtigt: alles das geschieht zu friedlichen Zwecken. Aber jeder Sachverständige weiß, sobald einmal ein Atom gespalten ist, ist es durch keine künstlichen Vorschriften mehr einzuzugrenzen.

Nachdem auch West-Deutschland von Amerika fortlaufend angereichertes Uranium erhält, und England einen «Breeder-Reactor» liefert, der auch Uranium 233 herstellt, stellt sich immer deutlicher ein großer politischer Zusammenhang heraus: der Westen und der Osten haben ein Wettrennen für ihre deutschen Schützlinge veranstaltet, die auf jede Weise angefeuert werden, es besser zu machen als der andere, besser zu rüsten, besser zu forschen, schneller zu produzieren. Noch vor wenigen Jahren hätte man das für unmöglich gehalten. Eine große Gefahr steigt hier für die Zukunft auf: die beiden Deutschland werden auf diese Weise materiell sehr stark. Einmal wieder vereinigt, wäre Deutschland sofort wieder eine Großmacht von beängstigenden Ausmaßen, mit einer Stahlproduktion, welche die englische weit übertrifft, mit einer Armee, die allein in West-Deutschland von 1959 an jährlich 150 000 ausgebildete Reservisten erzeugt, mit einer Atomwaffe, welche durch mächtige, eigene Uraniumgruben gespeist würde. Eine Flucht nach vorwärts hat das deutsche Volk ergriffen. Prittie führte aus, daß schon längst kein Deutscher mehr an die furchtbaren Untaten der vergangenen Jahre zurückdenke, daß der Film über das KZ Belsen als «amüsante Propaganda» abgetan wurde, und daß das Volk überzeugt sei, daß es nie deutsche Kriegsverbrecher gegeben habe. Andererseits aber tauche bereits wieder das verhängnisvolle Wort «Realpolitik» auf. Die Aussichten für Europa müßten als schlecht bezeichnet werden, da durch die Wiedervereinigung besonders das benachbarte Frankreich in eine schwierige Lage geraten könnte. (Inzwischen hat Ministerpräsident Mollet bekanntlich bereits erste Schritte dagegen unternommen. Red.)

Der neutrale Beobachter wird allerdings hinzufügen müssen, daß es nicht die Deutschen gewesen sind, welche das Land teilten und damit den verhängnisvollen Wettkampf der beiden Teile heraufbeschworen.